

kompaakt!

Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten

April 2025

Auslagerung von Arbeitsplätzen:

Auswirkungen auf Mitarbeiter:innen, Unternehmen und Kund:innen

Die Frau im Fokus -

*ein Blick ins
Regierungsprogramm
aus weiblicher Sicht*

Georg Benedikter - 75 Jahre GPF-Mitglied

*„Ohne Gewerkschaften wären
wir aufgeschmissen!“*

Streiken - aber richtig!

*Einige Dinge sind
zu beachten.*

2024 ein erfolgreiches Jahr für die Post AG



Inhalt

April 2025

EDITORIAL

05 Richard Köhler
Editorial

SEPEZIAL

06 Wir gratulieren!
Josef "Pepi" Wild feiert seinen 70. Geburtstag.

06 Kommentar
ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian

07 Streiken - aber richtig!
Einige Dinge sind zu beachten.

07 Die einzige konstante ist die Veränderung!
Ein Spruch - aktueller denn je.

14 Sozialpartnerschaft neu gedacht
Kompromiss als Erfolg.

28 Georg Benedikter - 75 Jahre Gewerkschaftsmitglied
„Ohne Gewerkschaften wären wir aufgeschmissen!“

AUS DEM UNTERNEHMEN

09 Austro Control
Faire Zukunft sichern – Betriebspension jetzt anheben!

10 - 11 A1 Telekom Austria
Auslagerung von Arbeitsplätzen: Auswirkungen auf Mitarbeiter:innen, Unternehmen und Kund:innen; Für dich unterwegs

12 Post AG
2024 ein erfolgreiches Jahr für die Post AG

13 Postbus
Wir fahren gemeinsam - wir streiken gemeinsam

ABTEILUNG

15 Recht
Bald ist wieder Sommer – Wissen Sie, wie viel Urlaub Ihnen zusteht?

16 Bildung
Der Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB)

17 Internationales
Solidarität über Grenzen hinweg - umso wichtiger denn je

REFERAT

18 Frauen
Die Frau im Fokus - ein Blick ins Regierungsprogramm aus weiblicher Sicht

19 Jugend
Die ÖGJ und der 38. Bundesjugendkongress

20 - 23 Pensionist:innen
Neu: PensionsService Broschüre 2025; Forderung nach Gerechtigkeit; Was hat die Regierung bei den Pensionen vor?; Innenminister & NÖ-Landeshauptfrau verleihen Bundesehrenzeichen an Egon Englisch; Befreiung vom ORF-Beitrag

AUS DER REGION, SERVICE & AUFRICHTIGE ANTEILNAHME

24 - 27 Landesgruppen

29 Service

30 - 31 Wir nehmen Abschied



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten
Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien

MEDIENINHABER

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH
Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion entsprechen. Aus rechtlichen Gründen weisen wir darauf hin, dass für über die „kompakt“ angebotene Reisen und andere geldwerte Leistungen die GPF weder als Veranstalter noch Vermittler auftritt, sondern den Abdruck alleine aus Gründen des Mitgliederservice durchführt. Jede Haftung der GPF wird ausgeschlossen.

OFFENLEGUNG

gemäß MedG § 25 unter:
www.oegb.at/impressum

DATENSCHUTZ

gem. DSGVO: www.gpf.at/datenschutz

DESIGN / REDAKTION

Victoria Dollezal
E-Mail: redaktion@gpf.at

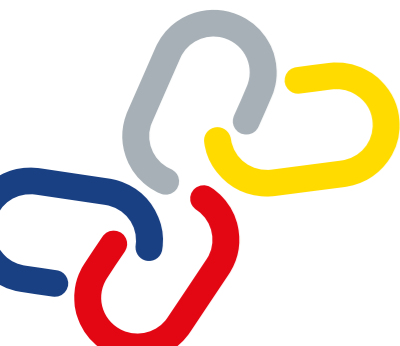


Die neue "kompakt" schon vorab lesen!

Rund 40.000 Gewerkschaftsmitglieder erhalten die "kompakt" direkt in ihren Briefkasten. Doch die Mitgliederzeitschrift der GPF ist nicht nur als gedruckte Ausgabe verfügbar, sondern kann auch mit nur wenigen Klicks als digitale Zeitung gelesen werden. Auf diese Weise erhalten alle rechtzeitig Einblick in die wichtigsten Gewerkschaftsthemen der neuesten Ausgabe - und das schon einige Tage vor der Zustellung der gedruckten Ausgabe. Wer also nicht mehr auf die gedruckte "kompakt" warten möchte und jederzeit die neuesten Informationen aus der Arbeitswelt abrufen will, kann das hier tun:

www.gpf.at/service/zeitschrift-kompakt/

Möchtest du die Kompakt nur noch online lesen?
Dann kannst du sie jederzeit unter mitgliederservice@gpf.at abbestellen.





kompakt!



EDITORIAL

Richard Köhler
Bundesvorsitzender der GPF

*Liebe Leserin,
lieber Leser,
Liebes Mitglied unserer Gewerkschaft,*

in der letzten Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift habe ich von den Herausforderungen und Chancen für 2025 geschrieben. Die Bildung einer Dreierkoalition zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS stand im Raum. Nun ist es so weit: Nach dem Ausstieg der NEOS, dem Rücktritt des bisherigen Kanzlers Nehammer und dem Scheitern des selbsterklärten Volkskanzlers Kickl wurde am 3. März die neue Bundesregierung vom Herrn Bundespräsidenten angelobt. Erstmals wird eine Dreierkoalition das Land regieren.

TEXT **Richard Köhler**

Somit haben die vernünftigen, demokratischen Kräfte in Österreich doch noch die Oberhand behalten und das ist auch gut so. Die Regierung ist angetreten, um den **Kompromiss zum obersten Prinzip** zu erheben. **Das Gemeinsame soll wieder in den Vordergrund treten.** Man darf auch den Koalitionspartnern Erfolge gönnen. Freilich gibt es genug zu tun. Das Budget muss saniert, die Wirtschaft wieder angekurbelt und der Industriestandort Österreich wieder gestärkt werden.



Aus Sicht der Gewerkschaft stehen dringende Maßnahmen gegen die Teuerung, für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats und die Sicherstellung eines leistbaren Gesundheitssystems

sowie eines gerechten Pensionssystems im Vordergrund. Diese und andere wichtige Maßnahmen sind im 10 Punkte Programm des ÖGB verankert und waren auch eine wesentliche Grundlage der Regierungsverhandlungen.

Im Regierungsprogramm wird der Sozialpartnerschaft ein wichtiger Stellenwert eingeräumt. Damit sind die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer voll im Boot, wenn es um die Umsetzung dieses Koalitionsübereinkommens geht. Die neue Sozialministerin Korinna Schumann ist Garant dafür, dass die Interessen der Arbeitnehmer:innen berücksichtigt und ihre dringenden Anliegen auch umgesetzt werden.



Für uns in der GPF kommt der Weiterentwicklung der ÖBAG im Rahmen des Regierungsübereinkommens eine hohe Bedeutung zu, sind doch die Post AG und die A1 Telekom als staatliche Beteiligungen in der ÖBAG angesiedelt. Inwieweit der Wirtschaftsminister als Eigentümervertreter auch in unserem Sinne agieren wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird die ÖBAG stärker als bisher das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und der Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Stärkung der Wirtschaftsstandortes erklärtes Ziel sein.

Mein Stellvertreter in unserer Gewerkschaft, Gerhard Bayer und ich werden im Aufsichtsrat der ÖBAG auch weiterhin die Interessen der Beschäftigten von Post AG und A1 Telekom mit ganzer Kraft zu vertreten wissen.

Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag, Josef Wild!

Am 5. März 2025 feierte Josef Wild, liebevoll „Pepi“ genannt, seinen 70. Geburtstag. Ein ganz besonderer Anlass, um den bemerkenswerten Lebensweg eines Mannes zu würdigen, der sich über Jahrzehnte hinweg mit großem Engagement und Leidenschaft für die Personalvertretung und die Gewerkschaftsbewegung eingesetzt hat.

TEXT **Redaktion**



(v.l.n.r.) Christian Decker, Pepi Wild, Richard Köhler

Am 5. März 2025 feierte Josef Wild, auch „Pepi“ genannt, seinen 70. Geburtstag. Seit 1991 engagiert er sich in der Personalvertretung und hat sich in dieser Zeit als kompetenter und leidenschaftlicher Vertreter der Arbeitnehmer:innen einen hervorragenden Ruf erarbeitet.

Von 1997 bis 2014 war er Mitglied des GPF-Bundesvorstandes und prägte die Arbeit der Gewerkschaft maßgeblich. Auch in der GPF-Kontrollkommission (2019–2024) war seine Expertise gefragt. Seit Mai 2022 ist er Bundespensionist:innenvorsitzender der GPF und setzt sich weiterhin für die Interessen der Pensionist:innen ein.

Im Rahmen seiner Feier am 8. März erhielt Josef Wild zwei besondere Geschenke: Eine Urkunde der GPF und sowie eine Geburtstagsgratulation von ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, die von ihm handschriftlich signiert und mit einer Widmung versehen wurde. Richard Köhler und Christian Decker überreichten diese Geschenke stellvertretend und würdigten damit Pepis jahrzehntelangen Einsatz.

Herzliche Gratulation zum 70. Geburtstag, lieber Pepi – auf viele weitere Jahre voller



80 Jahre Einsatz für Gerechtigkeit

„Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für ein demokratisches und unabhängiges Österreich eintreten, am betrieblichen Aufbau und der weiteren Gestaltung im Sinne einer sozialen Wirtschaftlichkeit mitwirken“, das waren im Mai 1945 die ersten Ziele der Gewerkschaft der Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Rundfunkbetriebe Österreichs.

Seit 80 Jahren wird nun dieser Auftrag gelebt, weitergegeben und verteidigt. Das ist nicht immer einfach: Die technischen Veränderungen und großen Krisen dieser Zeit sorgen für Verunsicherung und Ängste. Diese Veränderungen treffen auch die Mitglieder der GPF, deren Betriebe die Auswirkungen des technischen und jetzt digitalen Wandels immer schon besonders spürten.

Doch die GPF zeigt, dass sie die richtigen Rezepte zur Krisenbewältigung hat. Ob in Beratungen, Verhandlungen oder auf der Straße – die GPF beweist, dass die Gewerkschaft stets auf der Seite der Beschäftigten steht und schafft dadurch Vertrauen. Damit sorgt sie nicht nur für ein gutes Leben für die Beschäftigten, sondern trägt auch zur Stärkung der Demokratie bei.

Danke an alle, die daran mitwirken und sich Tag und Nacht für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Alles Gute für die nächsten 80 Jahre!

Wolfgang Katzian
ÖGB-PRÄSIDENT



Streiken – aber richtig!

Der Bus fährt nicht, die Maschinen in den Betrieben stehen still, die Büros sind leer. Es wird gestreikt, die Arbeitnehmer:innen haben die Arbeit niedergelegt. Das in Österreich geltende Streikrecht ist verfassungsrechtlich geschützt – und dennoch sind einige Dinge zu beachten.

TEXT **Christian Decker** (Bundesgeschäftsführer der GPF)



Ein Streik - oder auch Arbeitskampf – ist eine geplante, von den Arbeitnehmer:innen gemeinsam getragene Unterbindung des üblichen Arbeitsablaufs, um ein gewisses Ziel zu verfolgen. Das kann zum Beispiel die Erhöhung des Drucks während Kollektivvertragsverhandlungen sein, oder um auf bestimmte rahmenrechtliche Missstände im Arbeitsprozess aufmerksam zu machen.

Verschiedene Arten von Streiks betreffen unterschiedliche Bereiche bzw. verfolgen unterschiedliche Interessen. Während bei einem Generalstreik ein ganzes Land die Arbeit aussetzt, ist bei einem Vollstreik eine bestimmte Branche betroffen. Von einem Teilstreik spricht man, wenn nur bestimmter Teil der Beschäftigten betroffen sind und bei einem Schwerpunktstreik legen die Beschäftigten bestimmter Betriebe die Arbeit nieder. Ein Warnstreik hingegen ist zeitlich begrenzt und soll die Dringlichkeit der Lage unterstreichen. Wenn Beschäftigte unterstützend für andere Kol-

leg:innen die Arbeit niederlegen, spricht man von einem Solidaritätsstreik.

Von Streiks klar abzugrenzen sind Betriebsversammlungen: der Betriebsrat informiert im Rahmen einer Betriebsversammlung über den aktuellen Stand von Verhandlungen und Gesprächen und bespricht mögliche weitere Vorgehensweisen.

Sollte es zu einem Streikbeschluss kommen, wird von der zuständigen Gewerkschaft der Streik unter Einbeziehung von Betriebsrät:innen und Mitarbeiter:innen vorbereitet und organisiert. Dazu gehört auch die Einholung der Streikfreigabe des ÖGB-Vorstandes. Diese Streikfreigabe ist deshalb so wichtig, da der ÖGB bei Entgeltanspruchsentfall mit einer Streikunterstützung aushilft. Obwohl alle ÖGB-Mitglieder Streikunterstützung erhalten, richtet sich die Höhe nach Dauer der Mitgliedschaft, der Wochenarbeitszeit und der tatsächlichen Streikstunden. Am Streik können grund-

sätzlich alle Arbeitnehmer:innen teilnehmen (auch Lehrlinge, außer während der Berufsschulzeit).

Oftmals drohen Arbeitgeber:innen den Beschäftigten mit Kündigung im Fall einer Streikteilnahme. Eine solche Kündigung bzw. Entlassung ist aber in jedem Fall rechtswidrig und muss von Arbeitgeber zurückgenommen werden.

Laut Momentum Institut wird in Österreich im internationalen Vergleich eher selten und vor allem kurz gestreikt. Das mag auch an der Sozialpartnerschaft liegen, die immer um einen Konsens bemüht ist. Sollte es dennoch zu einem Streik kommen, ist man als ÖGB Mitglied (wie zuvor erwähnt) auf der sicheren Seite. Darum ist Deine Mitgliedschaft so wichtig –sowohl für Dich selbst, als auch für die Gemeinschaft und Solidarität mit deinen Kolleg:innen!

-> Vertiefende Infos zum Streik und viele weitere interessante Themen aus der Arbeitswelt findest du auf www.oegb.at



Die einzige Konstante ist die Veränderung!

Dieser Spruch wird dem Philosophen Heraklit zugeschrieben – und er ist heute aktueller denn je. In Zeiten großer geopolitischer Umbrüche, fortschreitender Digitalisierung und nun auch der Künstlichen Intelligenz ist eines gewiss: Nichts bleibt, wie es war. Alles ist im Fluss!

TEXT **Manfred Wiedner** (2. stv. Bundesvorsitzender der GPF)

Noch vor wenigen Monaten schien es, als könnten die politischen Entscheidungsträger:innen unserer Parteien (ÖVP, SPÖ, NEOS) keine Einigung finden. Doch trotz unveränderter Problemstellungen wurde der Blickwinkel angepasst, die Kompromissbereitschaft erhöht – und plötzlich war eine gemeinsame Regierung möglich.

ist Wettbewerbsfähigkeit entscheidend für die Zukunft, die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen in Europa. Die Gewerkschaften bleiben die verlässliche Konstante, die einen fairen Wettbewerb, einen robusten Sozialschutz, einen notwendigen Umweltschutz und einen starken Verbraucherschutz sicherstellt. Mit der richtigen politischen Ausrichtung können all diese Faktoren zu mehr Wohlstand führen – vor allem dann, wenn Leistung in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt wieder den Stellenwert erhält, den sie verdient.

In großen und kleinen Demokratien übernehmen viele Gewerkschafter:innen politische Verantwortung. Jetzt sind jene gefragt, die ihr Wissen nutzen, um dringend notwendige Weichen für die Wirtschaft zu stellen. **Gewerkschafter:innen, die nicht vom Verhandlungstisch aufstehen, sondern so lange verhandeln, bis das beste Ergebnis für beide Seiten erzielt ist.**

Ich selbst verhandle nun seit 30 Jahren den Kollektivvertrag und die Gehälter für die Postbediensteten in Österreich. Meine Erfahrung zeigt: Wenn sowohl das Management als auch die Gewerkschaft nach einer Einigung unzufrieden sind, war es meist ein gutes Ergebnis für alle Beteiligten.



Zum Glück bedarf es in Deutschland nur zweier Partner:innen für eine Regierungsbildung. Auch dort gibt es politische Veränderungen – doch letztendlich, um Konstanz zu wahren. Deutschland bleibt ein starker und verlässlicher Partner in und für Europa. Entscheidend ist, dass alle EU-Länder gemeinsam einen wirtschaftlichen Aufbruch anstreben, anstatt die Wirtschaft krankzujammern. Nur so kann es gelingen, den Wohlstand in Europa nicht nur zu sichern, sondern weiter auszubauen. **Ein selbstbewusstes Europa muss in der Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik geschlossen auftreten!**

Doch das wird mit Sozial- und Lohndumping nicht funktionieren. Gerade jetzt brauchen wir starke Gewerkschaften, die durch faire und gute Gehaltsabschlüsse die Kaufkraft erhalten. **Es wäre ein Verrat an unseren Mitgliedern, wenn Arbeitnehmer:innen die Kosten für den Weg zur Wettbewerbsfähigkeit allein tragen müssten.** Natürlich

Faire Zukunft sichern – Betriebspension jetzt anheben!

Aktueller denn je, eine längst überfällige Maßnahme – Anhebung der Betriebspension für die Kolleg:innen im 2. Kollektivvertrag

Die Betriebspension ist eine zentrale Säule der Altersvorsorge für viele Beschäftigte der Austro Control. Für Mitarbeiter:innen im 2. Kollektivvertrag (KV2) beträgt der Arbeitgeberbeitrag derzeit 3 % des Bruttogehalts – ein Wert, der im Branchenvergleich als niedrig einzustufen ist. Angesichts steigender Lebenshaltungskosten, der Inflation und der anhaltenden Unsicherheiten im öffentlichen Pensionssystem ist es an der Zeit, eine Erhöhung dieses Beitrags durchzusetzen.

TEXT **Ing. Martin Rendl, MSc.** (Vorsitzender Bundesfachgruppe Flugsicherung)

Die steuerlichen Rahmenbedingungen bieten hier eine klare Orientierung: Arbeitgeberbeiträge zur betrieblichen Altersvorsorge sind bis zu einer Höhe von 10 % steuerfrei. Diese Regelung sollte genutzt werden, um den KV2-Beschäftigten eine spürbare Verbesserung ihrer späteren Pension zu ermöglichen – ohne zusätzliche Steuerlast für die Austro Control.

Warum eine Erhöhung notwendig ist

1. Inflationsausgleich und Lebenshaltungskosten

Die Inflation der letzten Jahre hat die Kaufkraft aller Arbeitnehmer:innen deutlich reduziert. Besonders bei Pensionist:innen macht sich dieser Effekt stark bemerkbar, da Pensionserhöhungen meist hinter der tatsächlichen Teuerung zurückbleiben. Eine Anhebung der Betriebspension trägt dazu bei, diesen Kaufkraftverlust zumindest teilweise auszugleichen.

2. Geringe Zusatzkosten für den Arbeitgeber

Die steuerliche Begünstigung von bis zu 10 % Arbeitgeberbeitrag zur betrieblichen Altersvorsorge macht eine Erhöhung wirtschaftlich sinnvoll. Die Differenz von 3 % auf beispielsweise 6 %, 8 % oder gar die vollen 10 % wäre für die Austro Control eine Investition in die Zukunft ihrer Beschäftigten, ohne dass hohe Zusatzkosten durch Steuern oder Abgaben entstehen.

3. Attraktivität als Arbeitgeber steigern

Die Luftfahrtbranche ist ein anspruchsvolles und verantwortungsvolles Arbeitsumfeld. Um die besten Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, muss Austro Control konkurrenzfähige Rahmenbedingungen bieten. Eine attraktive Betriebspension ist ein wichtiger Baustein, um die langfristige Bindung der Mitarbeiter:innen zu stärken.

4. Verantwortung gegenüber den Beschäftigten

Die Austro Control erwartet von ihren Angestellten höchste Professionalität und Einsatzbereitschaft. Im Gegenzug verdient die Belegschaft eine angemessene Absicherung für die Zeit nach dem Erwerbsleben. Die derzeitigen 3 % sind in Anbetracht der möglichen 10 % nicht mehr zeitgemäß.

Unsere Forderung: Schrittweise Erhöhung auf 10 %

Die Gewerkschaft fordert eine schrittweise Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags zur Betriebspension im KV2. Das Ziel muss sein, die vollen 10 % auszuschöpfen, um den Beschäftigten eine solide Zusatzpension zu ermöglichen. Die Finanzierung ist gesichert: Durch die steuerliche Begünstigung entstehen für Austro Control keine übermäßigen Mehrkosten. Gleichzeitig wird ein starkes Signal an die Belegschaft gesendet, dass ihre Zukunft dem Unternehmen am Herzen liegt.

Gemeinsam für eine sichere Pension!

Die Bundesfachgruppe Flugsicherung der GPF setzt sich entschieden für die Verbesserung der Betriebspensionen ein. Daher werden wir diese Forderung bei den nächsten Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst einbringen, um sie dort mit der Geschäftsführung zu verhandeln. Unsere Beschäftigten haben diese Verbesserung mehr als verdient – und sie ist wirtschaftlich machbar. Daher ist es an der Zeit zu handeln!



Auslagerung von Arbeitsplätzen: Auswirkungen auf Mitarbeiter:innen, Unternehmen und Kund:innen

Die Entscheidung, Personal abzubauen, ist eine der schwierigsten und folgenreichsten Maßnahmen, die ein Unternehmen treffen kann. Sie wird oft aus wirtschaftlichem Druck heraus getroffen, doch die Auswirkungen gehen weit über die kurzfristigen Kosteneinsparungen hinaus. Insbesondere die Konsequenzen für die von einem Arbeitsplatzverlust betroffenen Kolleg:innen, als auch für die in der A1 verbleibenden Kolleg:innen, sowie die Kundenbeziehungen, dürfen nicht unterschätzt werden.

TEXT **Bernhard Froschauer** (Stv. Vorsitzender LG Oberösterreich, Vorsitzender PA A1 Oberösterreich)

Belastung der verbleibenden Kolleg:innen

Für diesen Mitarbeiterkreis bedeuten Personalkürzungen oft eine signifikante **Erhöhung der Arbeitsbelastung**. Aufgaben, die zuvor auf mehrere Schultern verteilt waren, müssen nun von weniger Menschen bewältigt werden. Dies führt häufig zu **Überarbeitung, Stress** und einem gesteigerten **Risiko für Burnout**. Zudem können sich **Unsicherheit und Misstrauen** in der Belegschaft ausbreiten. Wer wird der nächste sein? Solche Gefühle schädigen die Arbeitsmoral und das Engagement der Kolleg:innen.

Ein weiterer Aspekt ist der **Verlust von Teamgeist**. Die enge Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Kolleg:innen und Kollegen sind oft essenziell für innovative Ideen und Problemlösungen. Diese Zusammenarbeit wurde auch seitens des Unternehmens massiv bei der Verhandlung der Flex Office Betriebsvereinbarung eingefordert.

Die besondere Herausforderung ab 50

Für Kolleg:innen über 50, die plötzlich ohne Job dastehen, sind die Folgen besonders schwerwiegend. Diese Altersgruppe hat es oft schwerer, eine neue Anstellung zu finden, da Vorurteile über vermeintlich nachlassende Leistungsfähigkeit

oder mangelnde Flexibilität weit verbreitet sind. Gleichzeitig stehen viele dieser Kolleg:innen noch mitten im Berufsleben und müssen finanzielle Verpflichtungen wie Hypotheken oder die Ausbildung ihrer Kinder stemmen. Die plötzliche Arbeitslosigkeit kann daher existenzielle Ängste auslösen. Auch wenn es hier durch die zwischen A1 und der Personalvertretung verhandelten Sozialpläne durchaus eine Absicherung gibt. Auch für das Unternehmen ist der Verlust erfahrener Kolleg:innen ein erheblicher Schaden. Ältere Arbeitnehmer verfügen über umfangreiches Fachwissen und ein tiefes Verständnis der internen Prozesse und Kundenbedürfnisse. Wenn dieses **Know-how** in kurzer Zeit **verloren geht**, entsteht oft eine Lücke, die nur schwer zu schließen ist. Zudem geht die oft langjährige Bindung der älteren Kolleg:innen an Kunden und Partner verloren, was sich negativ auf die Geschäftsbeziehungen auswirken kann.

Auswirkungen auf die Kunden, langfristige Folgen für das Unternehmen

Personalkürzungen bleiben auch für die Kunden nicht unbemerkt. Wenn erfahrene Mitarbeiter:innen das Unternehmen verlassen, **leidet oft die Servicequalität**. Anfragen werden langsamer bearbeitet, und die **persönliche Beziehung zu den Kunden** geht verloren. Kunden, die jahrelang mit denselben Ansprechpartnern zusammengearbeitet haben, empfinden den Verlust dieser Beziehung häufig als Enttäuschung. Dies kann dazu führen, dass sie das **Vertrauen in das Unternehmen verlieren** und zu Wettbewerbern wechseln. Darüber hinaus wirkt sich eine **demotivierte Belegschaft** indirekt auf die Kundenzufriedenheit aus. Kolleg:innen, die überlastet und unsicher sind, können nicht die gleiche Leidenschaft und Aufmerksamkeit für ihre Arbeit aufbringen, wie es vor den Kürzungen der Fall war. Zudem kann die **Reputation des Unternehmens** Schaden nehmen: In einer Zeit, in der Transparenz und soziale Verantwortung zunehmend an Bedeutung gewinnen, betrachten viele Menschen Personalkürzungen als Zeichen für mangelnde Stabilität und ethisches Bewusstsein.

Bei aller Kritik muss man der A1 Telekom zu Gute halten, dass der Personalabbau - im Gegensatz zu anderen Unternehmen in Österreich - weitgehend sozial erfolgt!



Für Dich unterwegs

TEXT **Gerhard Bayer** (1. stv. Bundesvorsitzender der GPF, ZA A1 Vorsitzender)

Österreichweite Infotour

Im Dezember des letzten Jahres besuchten wir unsere Kolleg:innen im Zuge einer österreichweiten Infotour.

Wir starteten am 3. Dezember in **Wien** und setzten unsere Tour zwei Tage später in **Klagenfurt** und **Graz** fort. Kurze Zeit später ging es weiter nach **Linz** und **Salzburg** und last but not least waren **Feldkirch** und **Innsbruck** unsere letzten beiden Stationen.



Informationen und Rechtsberatungen

Insgesamt war die Infotour sehr gut besucht, mehrere hundert Kolleg:innen hatten viele offene Fragen und erhielten von uns Antworten. Wir konnten durch **Informationen und Rechtsberatungen** viele Unklarheiten und Unsicherheiten betreff Personalkürzungen bei unseren Kolleg:innen ausräumen. Egal wo in Österreich - wir sitzen alle im selben Boot. Im Großen und Ganzen deckten sich viele **Sorgen und Bedenken** und auch dafür war natürlich Platz: Wir schenkten allen ein offenes Ohr, auch um sich einfach mal „nur so“ mit den Kolleg:innen auszutauschen!

Personalkürzungen

Personalabbau hat Konsequenzen für Mitarbeiter:innen, das Unternehmen und seine Kunden. Während Einsparungen beim Personal kurzfristig finanzielle Entlastung bringen können, bergen sie erhebliche **Risiken**:



- Das Vertrauen der Belegschaft ist zutiefst erschüttert, die verbleibenden Kolleg:innen kämpfen mit einer immensen Mehrbelastung.
- **Verlust wertvollen Know-hows:** erfahrene Kolleg:innen haben über Jahrzehnte ihr Wissen und ihre Energie in das Unternehmen eingebracht
- **Beziehung zu den Kunden**

Nebenstehend ein Stimmungsbild (Seite 10) von Bernhard Froschauer (Personalausschuss TA, Linz) zum Thema Personalabbau generell und im Speziellen bei A1 Telekom.



2024 ein erfolgreiches Jahr für die Post AG

Anfang März hat der Vorstand der Österreichischen Post AG den sehr erfreulichen Geschäftsbericht für 2024 präsentiert. Die mehrheitlich staatlich notierte Aktiengesellschaft konnte ein Betriebsergebnis von über 200 Mio. € verzeichnen. Der Umsatz konnte trotz rückläufigem Briefgeschäft um 14 % gesteigert, das Ergebnis gegenüber 2023 um 9 % verbessert werden.

TEXT **Richard Köhler** (Vorsitzender ZA Post AG)

Allein im Paketbereich wurden weitere Rekordzahlen an Postpaketen erzielt. So konnte das Rekordvolumen im Ausmaß von 200 Mio. Paketen im Jahr 2023 um weitere 24 Mio. Pakete gesteigert werden. Diese Paketflut wird von rund 14.000 Menschen in der Produktionskette bewältigt, wobei der arbeitsintensivste Teil die berühmte letzte Meile ist. Rund 9000 Zusteller:innen sind tagtäglich im Einsatz, um das Paket mit bester Qualität zeitnah zuzustellen.



Die sehr erfreulichen Zahlen aus Sicht der Verantwortlichen sind aber nur erreichbar, wenn in allen Produktionsteilen des Unternehmens hochprofessionell gearbeitet wird: Dass dies bei uns seit Jahren zutrifft, ist ja nicht neu, braucht

aber stets die Erinnerung im Vorfeld der Kollektivvertragsverhandlungen.

Als Verhandlungsführer bei den Gehalts- und Kollektivvertragsverhandlungen weiß ich über Traditionen, Rituale und Taktiken Bescheid. Von Arbeitgeberseite wird ein schwieriges Wirtschaftsjahr in Aussicht gestellt, Sondereffekte, wie Wahlen im heurigen Jahr nicht erwartet und eine allgemein krisenhafte Lage als Begründung für moderate Gehaltsabschlüsse herangezogen. Mein Team und ich lassen uns aber von solchen Verhandlungstaktiken nicht beeinflussen. Wir haben klare Ziele vor Augen.

Wir können selbstbewusst in die Verhandlungen gehen, stärkt doch die Mehrheit der Beschäftigten als Mitglied unserer Gewerkschaft unsere Position. Neben der Abgeltung der rollierenden Inflation (durchschnittliche Inflation von April 2024 bis März 2025) braucht es spürbare Verbesserungen im kollektivvertraglichen Rahmenrecht, um die vielschichtige Arbeit bei der Post attraktiver zu machen.

Wir brauchen neue Ansätze um jungen Menschen, die eine Lehre bei der Post erfolgreich abschließen, einen besseren Einstieg in ihr postalisches Berufsleben zu geben als Menschen, die ohne postalische Vorkenntnisse von der Straße kommend bei uns anfangen.

Ein erklärtes Ziel von uns ist auch, bis 2030 eine schrittweise Reduktion der Arbeitszeit zu erreichen. Weitere Automatisierung und der Einsatz von KI werden uns dabei helfen. Wenngleich die Fluktuation in den letzten beiden Jahren zurückgegangen ist, muss sich das Unternehmen eingestehen, in manchen Dienststellen noch weit über dem Durchschnitt zu sein. Hier braucht es effiziente Maßnahmen zur Steigerung der MitarbeiterInnenzufriedenheit.

Eine Weiterentwicklung der Unternehmenskultur gepaart mit fairen Einkommen und nachhaltigen Verbesserungen im kollektivvertraglichem Rahmenrecht sind die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft der Österreichischen Post AG.



Wir fahren gemeinsam – wir streiken gemeinsam!

Nach vier ergebnislosen Verhandlungsrunden bei den KV-Verhandlungen für private Autobusbetriebe fand am 20.02.2025 ein Warnstreik bei der Österreichischen Postbus AG mit der gemeinsamen Unterstützung der zuständigen Gewerkschaften vida und GPF statt.

TEXT **Meinhard Petzmann** (Stv. Vorsitzender Postbus)

In den letzten beiden Jahren wurden seitens der Gewerkschaft intensive Gespräche mit den Arbeitgeber:innen geführt, um die Arbeitsbedingungen für die Lenker:innen zu verbessern und damit den Beruf der Buslenker:innen wieder attraktiver zu machen und dem Personalnotstand entgegenzuwirken.

Nach der dritten gescheiterten Verhandlungsrunde fanden in der ersten Februarwoche österreichweite Betriebsversammlungen statt, um die Lenker:innen über die aktuelle Situation zu informieren. Die Mehrheit der Beschäftigten hat sich für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik ausgesprochen.

Nachdem es auch in der vierten Verhandlungsrunde kein wertschätzendes Angebot seitens der Arbeitgeber bzw. die Entlastungsmaßnahmen an Verschlechterungen angeknüpft wurden, standen am 20. Februar 2025 von 04:00 bis 06:00 Uhr die Räder still. Die nächste Verhandlungsrunde ist für Anfang März geplant - jetzt sind die Arbeitgeber in der Pflicht, mit einem besseren und wertschätzenden Angebot an den Verhandlungstisch zurückzukehren! Der Ausgang der 5. Verhandlungsrunde war zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt!



Antrag für eine Streikfreigabe für die privaten Busbetriebe

In der letzten Januarwoche fand die dritte Verhandlungsrunde zum Kollektivvertrag der privaten Autobusbetriebe statt. Der Kollektivvertrag gilt für 12.000 Beschäftigte in privaten Autobusbetrieben, u.a. bei ÖBB Postbus, Dr. Richard, Gschwindl und Blaguss.

Über die letzten beiden Jahre wurde in vie-

"Streik ist ein geschütztes Menschenrecht! Als Gewerkschaftsmitglied ist man mit dem Rechtsschutz und der Streikunterstützung bestens geschützt!"



Sozialpartnerschaft neu gedacht

Die Koalitionsverhandlungen mussten scheitern, damit der Kompromiss wieder als Erfolg betrachtet wird. Bis in die 2000er Jahre hinein war der Wirtschaftsstandort Österreich mit einer einflussreichen Sozialpartnerschaft unter dem Motto „besser ein Kompromiss als ein Konflikt, wenn kein Konsens zu erreichen ist“, sehr erfolgreich. Dann hat sich das Blatt gewendet, dem Kompromiss wurde ein negatives Image angeheftet.

TEXT **Christine Pertele**

Erst der Bundespräsident brach wieder eine Lanze für den Kompromiss, als er nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen sagte: "Der Kompromiss in Österreich ist ein Schatz, eine Art Kulturgut, mit dem wir immer gut gefahren sind". Die Sozialpartnerschaft war der jahrzehntelange Beweis dafür, dass es für die oft sehr unterschiedlichen Interessen von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen gemeinsame Lösungen gibt, die das Ganze im Auge haben, ohne dass einer zum Verlierer wird. Die Übereinkünfte zwischen AK und ÖGB auf der einen, sowie WKÖ und LWK auf der anderen Seite beruhten auf gegenseitigen Zugeständnissen. Sie führten zu mehr Stabilität und zu wirtschaftlichem Erfolg für alle. Tragfähige Kompromisse wurden als beidseitiger Erfolg betrachtet. Die Verhandler galten als durchsetzungsfähig und nicht als Verlierer. Der Staat war ebenfalls beteiligt. Die Regierungsmitglieder griffen aber nicht in die Autonomie der Interessenvertretungen ein. Der sich immer weiter entwickelnde Sozialstaat trat nur dann korrigierend auf, wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse die Ungleichheit verstärkten.

Als Beispiel für die Wirkungsmacht der Sozialpartnerschaft kann eines der heute noch bedeutendsten sozialpolitischen Gesetze, das Arbeitsverfassungsgesetz von 1973 gelten. Nachdem seit 1960 von verschiedenen Regierungen und Experten daran immer wieder gearbeitet worden war, stieß 1972 nach umfangreichen Vorarbeiten unter Einbeziehung der Arbeitgeberverbände ein Gesetzesentwurf des SPÖ Sozialministers Häuser auf deren heftigen, aggressiven Widerstand. In dieser von den Medien noch weiter hochgeputzten Situation traten erstmals die Sozialpartner (mit)entscheidend auf den Plan. Auf einem Präsidentengipfel der AG- und AN-Verbände erfolgte der Beschluss, einen Verhandlungsausschuss einzusetzen, der die Konsensmöglichkeiten ausloten sollte. Obwohl die SPÖ die parlamentarische Mehrheit hatte, erklärte der Sozialminister, eine Einigung der Sozialpartner zu akzeptieren. Diese erfolgte nach über hundert Abänderungsanträgen und wurde mit den Stimmen aller drei Parlamentsparteien angenommen. Damit waren die Weichen für Sozialpartnerverhandlungen gestellt, die über Jahrzehnte zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität Österreichs - und somit zur Standortsicherheit - maßgeblich beitrugen.

Erst Kanzler Schüssel und in weiterer Folge Kanzler Kurz versuchten gemeinsam mit der FPÖ die Sozialpartnerschaft zu zerstören. 2022 wurden dann erstmals die im sozialpartnerschaftli-

chen Konsens erzielten Kompromisse bei den KV-Abschlüssen von der Arbeitgeberseite nachträglich als zu hoch kritisiert und zudem eine Senkung der Lohnnebenkosten verlangt. Dabei sind die rund 450 Kollektivverträge der Kern der Sozialpartnerschaft. Sie bedeuten für 98 % der Arbeitnehmer:innen faire, zumindest die Kaufkraft sichernde Löhne, aber auch Verbesserungen wie moderne Formen der Arbeitszeitverkürzung oder Förderung von Aus- und Weiterbildung. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld ist ebenfalls nur im KV verankert, den die Gewerkschaften ausverhandeln. Für all das braucht es immer wieder Übereinkünfte durch gegenseitige Zugeständnisse.



Die Sozialpartner drängen auch auf den Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen, auf die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Sozialdumping. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sozialpartnerschaftlich geprägte Länder Krisen besser bewältigen. Darum muss die Sozialpartnerschaft wieder ein zentraler politischer Mitgestaltungsfaktor werden.



Bald ist wieder Sommer – Wissen Sie, wie viel Urlaub Ihnen zusteht?

In Österreich gibt es klare gesetzliche Regelungen in Bezug auf den Urlaubsanspruch und des Urlaubsgeldes, die die Rechte der Arbeitnehmer:innen schützen. Das Arbeitsrecht sorgt dafür, dass Arbeitnehmer:innen faire Bedingungen in Bezug auf Erholung und Entlohnung haben. Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle, um unsere Rechte zu verteidigen und immer weiter zu verbessern.

TEXT **Jennifer Zimmermann**

Urlaubsanspruch in Österreich

Der gesetzliche Urlaubsanspruch für Arbeitnehmer:innen in Österreich ist im Urlaubsgesetz verankert. Laut Gesetz hat jede Arbeitnehmerin/jeder Arbeitnehmer grundsätzlich Anspruch auf mindestens 5 Wochen Urlaub pro Jahr. Dies entspricht 30 Werktagen für Vollzeitbeschäftigte, wobei der Anspruch bei Teilzeitkräften proportional zum Arbeitsumfang berechnet wird. Wichtig zu wissen ist, dass der Urlaubsanspruch im Falle einer Erkrankung während des Urlaubs nicht verloren geht, wenn die Erkrankung länger als 3 Tage andauert, aber natürlich muss der Arbeitgeber unverzüglich benachrichtigt werden.

Urlaubsgeld in Österreich

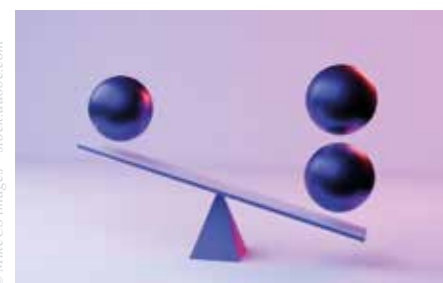
In Österreich haben alle Arbeitnehmer:innen, die einem Kollektivvertrag unterliegen, Anspruch auf Urlaubsgeld. In der Regel beträgt das Urlaubsgeld 1/12 des Jahresbruttogehalts, das entspricht in etwa dem Betrag, den eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer für einen Monat Arbeit erhält. Das Urlaubsgeld ist in keinem Gesetz verankert, sondern in den Kollektivverträgen geregelt. Du bekommst daher deinen „13. Gehalt“, weil Gewerkschaften es hart erkämpft haben und jedes Jahr aufs Neue für dich verteidigen. Das Urlaubsgeld soll den Arbeitnehmer:innen dabei helfen, die zusätzlichen Kosten für den Urlaub zu decken und ihnen eine bessere Erholung zu ermöglichen.

Ein weltweiter Vergleich

Im weltweiten Vergleich haben Finnland, Brasilien und Frankreich mit 30 Tagen Urlaub pro Jahr den größten gesetzlichen Anspruch, wohingegen China und Kanada mit nur zehn Tagen Urlaub zu den Ländern mit dem weltweit niedrigsten Anspruch gehören. In den USA gibt es überhaupt keinen gesetzlichen Mindestanspruch, wobei es in der Praxis üblich ist, dass Arbeitnehmer:innen 15 Tage frei bekommen.

Urlaubsgeld wird weltweit unterschiedlich gehandhabt. In vielen europäischen Ländern ist es eine gängige Praxis, während es in anderen nur freiwillig oder gar nicht existiert. In Brasilien erhalten Arbeitnehmer:innen während ihres Urlaub zusätzlich ein Drittel ihres Monatsgehalts. In Skandinavien sind Urlaubszuschüsse von 12-15 % üblich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Urlaubsanspruch und die Regelungen zum Urlaubsgeld weltweit stark variieren, wobei insbesondere europäische Länder tendenziell großzügigere Bestimmungen bieten.





Stefanie Jöbstl

Der Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB)

Der VÖGB als Tochterverein des ÖGB ist ein wichtiger Teil der Gewerkschaftsbewegung. Er entwickelt und organisiert Seminare, Lehrgänge und Kulturangebote für Personalvertreter:innen, Betriebsrät:innen und interessierte Gewerkschaftsmitglieder. Darüber hinaus bietet der VÖGB auch Serviceleistungen für Mitglieder und bietet kostenlose Skripten und Broschüren an, die Themen von Arbeitsrecht über Wirtschaft bis Politik behandeln.

TEXT **Stefanie Jöbstl** (Sekretärin für Bildung, Internationales und Jugend)

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist eine wesentliche Voraussetzung zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung. Denn Gewerkschaften setzen sich nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen ein, sondern vermitteln auch wertvolles Wissen. Durch Seminare, Workshops und Schulungen unterstützen sie dabei, dass Interessenvertreter:innen ihre Rechte kennen, sich in Betrieben aktiv und erfolgreich engagieren können und gesellschaftliche Veränderungen mitgestalten können.

Die Arbeitswelt durchläuft einen ständigen Wandel – gerade Themen wie Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden immer aktueller und von immer mehr Unternehmen eingesetzt. Diese Veränderungen betreffen einerseits unsere tägliche Arbeit und Arbeitsabläufe, aber auch die Art und Weise der Kommunikation untereinander sowie in den Unternehmen. Daher sind die Bildungsangebote des VÖGB vielfältig und werden ständig weiterentwickelt. Bildung ist der Motor für persönliches Wachstum und um erfolgreich die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten zu können. Daher ist es für Personalvertreter:innen und Betriebsrät:innen wichtig, sich weiterzubilden und neue Kenntnisse zu erwerben, um für die täglichen Herausforderungen gerüstet zu sein, aber auch um zuversichtlich in die Zukunft blicken zu können und diese aktiv mitzugestalten. Es wird besonders auf Praxisorientierung gesetzt, damit die erlernten Kompetenzen auch erfolgreich angewandt werden können.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeiterkammern koordiniert der VÖGB die gesamte gewerkschaftliche Bildungs- und Kulturarbeit. So

wird gemeinschaftlich gewährleistet, dass laufend an der Verbesserung der Angebote gearbeitet werden kann. Auch wir als GPF arbeiten in den VÖGB-Gremien mit. Wir begleiten unsere GPF-Teilnehmer:innen durch die Lehrgänge und veranstalten unsere Grundkurse, die eine wesentliche Grundlage für Mitglieder von Personalvertretung und Betriebsrat sind, in Kooperation mit dem VÖGB.

Es werden in allen Bundesländern Seminare, Workshops und Lehrgänge angeboten. Die Anmeldung zu den Bildungsangeboten des VÖGB ist auf der Homepage ersichtlich und auch die Anmeldung erfolgt online. Nur durch Weiterbildung können Mitglieder der betrieblichen und der überbetrieblichen Interessenvertretung am Puls der Zeit sein und die Interessen der arbeitenden Menschen und darüber hinaus erfolgreich vertreten.

Stärke dein Wissen und nutze die Chance - melde dich heute noch für ein Seminar deiner Wahl an: www.voegb.at



© Markus Zubradnik

Solidarität über Grenzen hinweg - umso wichtiger denn je

In einer globalisierten Welt, in der Unternehmen und Produktionsketten längst nationale Grenzen überschritten haben, spielt die internationale Gewerkschaftsarbeit eine immer wichtigere Rolle. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit stehen vor ähnlichen Herausforderungen: unsichere Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne und mangelnde Arbeitsrechte. Internationale Gewerkschaften und Bündnisse setzen sich dafür ein, dass die Rechte der Beschäftigten global gestärkt werden. Internationale Gewerkschaftszusammenschlüsse wie der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder UNI Global Union setzen sich für faire Arbeitsbedingungen ein.

TEXT **Stefanie Jöbstl** (Sekretärin für Bildung, Internationales und Jugend)



© marap - stock.adobe.com

Durch internationale Vernetzung und Solidaritätsstreiks ist es möglich, den Druck auf multinationale Unternehmen zu erhöhen. Allerdings gibt es auch einige Hindernisse, da viele Regierungen die Arbeit von Gewerkschaften erschweren oder sie sogar aktiv unterdrücken. In Ungarn oder Finnland sind die Arbeitnehmer:innen von zahlreichen Verschlechterungen betroffen: Niedrigere Löhne, Kürzungen im Sozialbereich, Lockerungen des Kündigungsschutzes sowie die systematische Schwächung von Gewerkschaften stehen auf der Tagesordnung. In beiden Ländern haben die Regierungen das

stärkste Mittel der Gewerkschaften – das Streikrecht – stark eingeschränkt und machen Streiks damit de facto unmöglich. Zudem setzen Unternehmen immer wieder auf Union Busting – die gezielte Zerschlagung von gewerkschaftlicher Organisation durch Druck auf Beschäftigte oder die Verlagerung von Produktionsstandorten.

Um angesichts der aktuellen negativen Entwicklungen, weiterhin schlagkräftig bleiben zu können, müssen Gewerkschaften ihre internationale Zusammenarbeit intensivieren und zusammenhalten. Digitale Vernetzung

ermöglicht heute schnellere und effektivere Kampagnen. Solidaritätsaktionen und internationale Streiks werden zunehmend zu einem machtvollen Mittel gegen Ausbeutung.

Die internationale Gewerkschaftsarbeit bleibt ein zentrales Element im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Nur durch grenzüberschreitende Solidarität können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit bessere Bedingungen erkämpfen – für eine Zukunft, in der faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und Mitbestimmung nicht von nationalen Grenzen abhängen.



Die Frau im Fokus - ein Blick ins Regierungsprogramm aus weiblicher Sicht

Viele unserer frauenspezifischen Themen, die wir schon lange fordern, findet man im Arbeitsprogramm der neuen schwarz-rot-pinken Regierung. Neben der Gendermedizin und der Umsatzsteuerbefreiung für Monatshygieneartikel soll die Lohntransparenz-Richtlinie umgesetzt werden.

TEXT **Ulrike Ernstbrunner** (Bundesfrauenvorsitzende der GPF)



Korinna Schumann
(Bundesministerin für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz)



Ulrike Ernstbrunner

Lange musste die österreichische Bevölkerung auf eine Regierung warten. Das ewige Hin und Her strapazierte schon so manche Nerven, doch die Geduld der Wählerinnen und Wähler hat sich offenbar gelohnt. Das Regierungsprogramm, auf das sich ÖVP, SPÖ und Neos schließlich einigten, ist aus gewerkschaftlicher Sicht positiv zu werten. Viele unserer langjährigen Forderungen sollen nun in Angriff genommen werden. Doch auch die Frauenpolitik kommt im neuen Programm nicht zu kurz.

In enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft soll nun, so schnell wie möglich, die Lohntransparenz-Richtlinie vollständig umgesetzt werden, damit endlich ein gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit in unserem Land zur Normalität gehört.

Sehr positiv bewerten die GPF-Frauen die Stärkung der Frauengesundheit und Gendermedizin. Mit dem Schwerpunkt auf die Wechseljahre und Endometriose sowie der Etablierung von Frauen-Primärversorgungseinheiten setzt die Regierung Schritte in die richtige Richtung.

Auch die Umsatzsteuer für Monatshygieneartikel und Verhütungsmittel wird sich finanziell positiv auf die Frauen auswirken. An Schulen und öffentlichen Einrichtungen soll es Pilotprojekte geben, in denen Menstruationsartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die neuen feministischen Wege, die die Regierung einschlagen möchte, bewerten wir als sehr positiv, wenn auch wichtige Bereiche nur vage im Programm erwähnt werden. So soll es nur

einen Anreiz für den Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung geben. Allein die Information über die Vorteile einer Vollzeitbeschäftigung wird dem Problem der Frauenaltersarmut nicht entgegenwirken. Auch das schwammige Versprechen der weiteren Stärkung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere wird nur wenig Wirkung zeigen. Dafür benötigt unser Land explizite Vorschläge und Richtlinien.

Die Gewerkschaftsfrauen freuen sich über den neuen Wind, der in der Regierung weht. Besonders stolz sind wir auf unsere Bundesfrauenvorsitzende Korinna Schumann, die im März 2025 zur Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz angelobt wurde. Mit Korinna haben wir Gewerkschaftsfrauen eine starke Stimme mit viel Herz und Hirn in der Regierung. Wir freuen uns mit ihr und wissen unsere Anliegen gut bei ihr aufgehoben.

Die Zukunft wird weisen, welche Maßnahmen der neuen Regierung eine Wirkung für uns Frauen zeigen. Die Gewerkschaftsfrauen werden auch weiterhin darauf achten, dass die Interessen unserer weiblichen Mitglieder gewahrt werden. Mit Korinna Schumann als Bundesministerin wird es uns bestimmt gelingen.

Die ÖGJ und der 38. Bundesjugendkongress

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) setzt sich für die Rechte und Interessen junger Arbeitnehmer:innen, Lehrlinge und Studierende ein. Sie kämpft für faire Arbeitsbedingungen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und soziale Gerechtigkeit.

TEXT **Stefanie Jöbstl**

Dazu organisiert die ÖGJ Schulungen, Beratungen und Aktionen zu Themen wie Arbeitsrecht, Mitbestimmung und faire Löhne. Sie bietet auch Freizeit- und Bildungsangebote an, um junge Menschen zu vernetzen und zu stärken. Mit politischem Engagement und Kampagnen setzt sie sich für bessere Chancen und eine gerechte Zukunft für die Jugend ein.

Am 30.11.2024 fand der 38. Bundesjugendkongress der ÖGJ unter dem Motto „Schichtwechsel! Jetzt ist die Jugend am Zug!“ statt und rund 200 Delegierte aus allen im ÖGB vereinten Gewerkschaften haben die Weichen für die nächsten 2,5 Jahre gestellt.



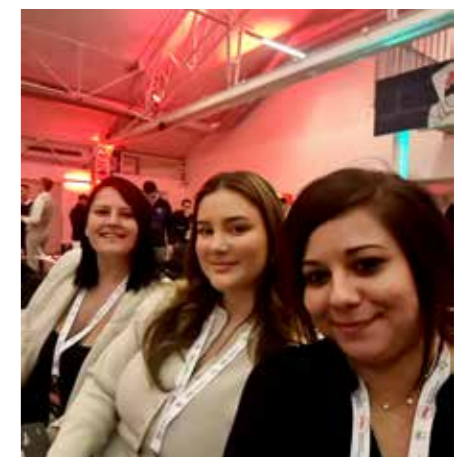
Es wurden zahlreiche Anträge diskutiert und beschlossen. Im Fokus standen unter anderem die politische Mitbestimmung, insbesondere die Stärkung des Jugendvertrauensrates sowie die der Ausbau politischer Bildung für Lehrlinge und die Aufwertung der Lehre.

Außerdem wurden die Gremien neu gewählt. Als neuer Bundesjugendvorsitzender wurde Leon Hartl gewählt. „Ich möchte die Zukunft nicht dem Zufall überlassen – wir müssen sie selbst gestalten, mit fairen Arbeitsbedingungen und echten Chancen für alle. Hier und jetzt setze ich mich dafür ein, dass junge Menschen nicht nur Zuschauer:innen sind, sondern die Macher:innen einer besseren Arbeitswelt werden“, betont der neue ÖGJ-Vorsitzende.



Neben dem Vorsitz wurden auch das Bundesjugendpräsidium und die Bundesjugendkontrolle neu gewählt. Auch die GPF war mit Delegierten am Bundesjugendkongress vertreten: **Aysen Cakir**, Österreichische Post AG, und **Leon Lacker**, A1 Telekom Austria AG, wurden mit herausragender Zustimmung von den Delegierten als Vertreter:innen der GPF in das Bundesjugendpräsidium gewählt und in die Bundesjugendkontrolle wurde Robert Hofer, A1 Telekom Austria AG, ebenfalls mit hoher Zustimmung als Mitglied gewählt.

Der 38. Bundesjugendkongress zeigt, wie junge Menschen aktiv die Zukunft der Arbeitswelt gestalten können und wir gratulieren recht herzlich und wünschen dem neuen ÖGJ-Vorsitzenden Leon Hartl und den neu gewählten Gremien, allen voran unseren GPF-Kolleg:innen, alles Gute für die Zukunft und viel Erfolg für ihre Arbeit.





Neu: PensionsService Broschüre 2025

Liebe Kollegin, lieber Kollege, jedes Jahr erhältst du als Mitglied unserer Gewerkschaft – der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten – die dieser Mitgliederzeitung „kompakt“ beigelegte Broschüre „PensionsService 2025“ nach Hause zugestellt.

TEXTE **Josef "Pepi" Wild** (Bundespensionist:innen Vorsitzender)

Der Inhalt dieser Broschüre ist speziell auf die Bedürfnisse und Interessen unserer Pensionist:innen abgestimmt. Seit über 15 Jahren wird sie auf Wunsch unseres Vorsitzenden Richard Köhler von unserer Redakteurin in der GPF, Victoria Dollezal, und mir als Bundespensionistenvorsitzendem jährlich überarbeitet, aktualisiert und an die neuesten Beitragsansätze angepasst.

Fahrpreismäßigungen und ORF-Gebührenbefreiung. Alle relevanten Gesetze sind verständlich formuliert und übersichtlich zusammengefasst. Kaum eine andere Fachgewerkschaft im ÖGB bietet eine so umfassende und regelmäßig aktualisierte Broschüre für ihre Pensionist:innen an. In der GPF bist du also bestens aufgehoben und wirst umfassend sowie informativ unterstützt.

Unsere Gewerkschaftsmitglieder profitieren von einem wertvollen Wissensvorsprung gegenüber Nichtmitgliedern – und zwar in allen wichtigen Fragen rund um Pensionsrecht, Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht, Erbrecht (inkl. Patientenverfügung und Verlassenschaftsverfahren), Vorsorgevollmacht sowie Vergünstigungen wie

Hast du Ideen oder Wünsche für ein spezielles Thema in der nächsten PensionsService-Broschüre? Dann lass es uns wissen – gerne nehmen wir dein Anliegen in der Ausgabe 2026 auf. **Ich wünsche dir eine interessante Lektüre und viele neue Erkenntnisse!**



Was hat die Regierung bei den Pensionen vor?

Was verbessert sich:

- **Pflege wird als Schwerarbeit anerkannt**
- **Teilpension** – erleichtertes freiwilliges Arbeiten im Alter
- **Ärzt:innenmittelobergrenze** – eine Erleichterung für Pensionist:innen mit Dauermedikamentation
- **Weiterhin Fairness bei Pensionsanpassungen** – Abwehr von Kürzungen
- **Älterenbeschäftigungsprogramme** wie zum Beispiel *Aktion 55plus*

Was wir kritisch beurteilen:

! Strengerer Zugang zur Korridorpension – etappenweise Anhebung auf **63 Lebensjahre** und **42 Versicherungsjahre**

! Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,9 %:

- Ein:e Pensionist:in mit einer Bruttopension von € 1.000 zahlt monatlich netto € 2 mehr.
- Ein:e Pensionist:in mit einer Bruttopension von € 2.000 zahlt monatlich netto € 11 mehr.
- Ein:e Pensionist:in mit einer Bruttopension von € 3.500 zahlt monatlich netto € 19 mehr.

Diese Mehreinnahmen sind zweckgebunden und fließen direkt in die Verbesserung unseres grundsätzlich guten Gesundheitssystems.

! Flat Tax auf Zuverdienst in der Pension – positiv, weil nur **25 % Steuer**, aber kritisch, weil der Dienstgeber nur die halben Sozialversicherungsbeiträge bezahlt und somit der Sozialstaat belastet wird

! Nachhaltigkeitsmechanismus – Sollte der Budgetpfad bis 2030 nicht eingehalten werden, sollen entsprechende Maßnahmen beschlossen werden

Zusammenfassung

Das Regelpensionsalter bleibt unverändert, und die Pensionist:innen müssen keine reduzierte Pensionsanpassung hinnehmen. Eine einseitige Belastung wurde durch die Bankenabgabe und die Besteuerung von Übergewinnen teilweise abgefedert. Eine faire Vermögenssteuer hätte noch gerechtere Lösungen ermöglicht – darin sind sich Gewerkschaft und Arbeiterkammer einig.

Mehr Informationen dazu auf der Homepage der GPF. (www.gpf.at)

Forderung nach Gerechtigkeit



(v.l.n.r.) Korinna Schumann (Bundesministerin für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz), Wolfgang Katzian (ÖGB-Präsident), Renate Anderl (AK-Präsidentin), Richard Köhler (GPF-Vorsitzender), Pepi Wild (Bundespensionistenvorsitzender der GPF)

Eure Pensionist:innenvertreter:innen in der GPF haben sofort nach Bekanntwerden einiger Veränderungen im Pensionsbereich an die zuständigen ÖGB-Koalitionsverhandler Beppo Muchitsch und an die nunmehrige Sozialministerin Korinna Schumann ein ausführliches Mail geschrieben (nachzulesen auf unserer Homepage -> www.gpf.at). Darin erinnern wir daran, dass eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge für alle Pensionist:innen besonders die Post-, A1-Telekom- und Postbuspensionist:innen zusätzlich benachteiligt. Der Grund: Wir zahlen bereits einen Pensionssicherungsbeitrag und wurden mit halbherzigen Argumenten von der Pensionskassenregelung des Bundes ausgenommen.

Wir argumentieren, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, den Pensionssicherungsbeitrag zu streichen – aus Gerechtigkeit und Fairness.

Nach jahrelangen Bemühungen hege ich nun leise Hoffnung, da wir endlich eine Sozialministerin haben, die aus dem ÖGB kommt und somit ein Verständnis für unsere Anliegen mitbringt.

Bei Redaktionsschluss gab es erfreulicherweise bereits erste Kontakte zu meinem oben erwähnten und auf der Homepage nachzulesenden Mail.

Innenminister & NÖ-Landeshauptfrau verleihen Bundesehrenzeichen an Egon Englisch

In ganz Österreich finden sich in unseren Reihen bekanntlich viele engagierte Funktionäre. Einer, der jahrelang im Bezirk Mistelbach und vor allem in seiner Heimatgemeinde Poysdorf in vielen Funktionen in der Gewerkschaft, in der Volkshilfe, in der Sozialdemokratie, bei der Post hervorragende Arbeit und großartigen Einsatz für die Kollegenschaft gezeigt hat, ist Egon Englisch.

TEXT **Josef "Pepi" Wild** (Bundespensionist:innen Vorsitzender)



(v.l.n.r.) Bundespensionistenvorsitzender in der GPF und Mitglied des Seniorenrates im österr. Parlament Josef Wild, Martin Vogel BG-Mi, Günther Hödl ZA Post, Alinka Tulok LGR-Post Wien, Jubilar Egon Englisch, Anton Paltram Vorsitzender der BG-Mistelbach, Hobersdorfer Karl BG-MI und Helmut Haupt BG-MI

Seine vielen Aktivitäten lassen sich kaum lückenlos aufzählen – wie z. B. seine berühmten Pensionist:innen-Tratscherl, seine wertvolle Telefonaktion während der Lock-downzeit, sein uneigennütziges Engagement in einer der größten Wohlfahrtseinrichtungen Österreichs, der so wichtigen Volkshilfe, sowie seine jahrzehntelange Unterstützung der Bezirksgruppe Mistelbach in der GPF.

All das verdient umso mehr Wertschätzung, wenn man bedenkt, dass Egon das stolze Alter von 80 Jahren erreicht hat und mit zahlreichen schweren Erkrankungen zu kämpfen hat.

Sein Engagement, insbesondere als Sozialombudsmann der Volkshilfe NÖ, wurde am 25.2.2025 im NÖ-Landhaus in St. Pölten mit der Überreichung des Bundes-Ehrenzeichens der Republik Österreich gebührend gewürdigt. Die Auszeichnung wurde vom zuständigen Bun-

desminister für Inneres, Gerhard Karner, verliehen und von unserer Landeshauptfrau, Johanna Mikl-Leitner, überreicht.

Wir wünschen unserem Egon noch viele gesunde Jahre, um sein Lebenswerk fortzusetzen: **Mitmenschen zu helfen und seine kritische Stimme für sie zu erheben.**



(v.l.n.r.) Egon Englisch und Pepi Wild



Befreiung vom ORF-Beitrag

Der ORF-Beitrag ist die seit 1.1.2024 geltende Finanzierungsform des öffentlich-rechtlichen Senders ORF und wird durch die ORF-Beitrags Service GmbH (OBS) eingehoben. Für jede im Inland gelegene Adresse, an der zumindest eine volljährige Person mit Hauptwohnsitz im Zentralen Melderegister eingetragen ist, ist der ORF-Beitrag für jeden Kalendermonat (€ 15,30) zu entrichten. Dabei ist es unerheblich, ob TV- oder Radiogeräte betrieben werden. Für einen Nebenwohnsitz ist kein Beitrag zu zahlen.

TEXT **Franz Poimer**

Haushalts-Nettoeinkommen – Befreiungsrichtsätze ab 1.1.2025

1 Person: € 1.426,87

2 Personen: € 2.251,03

Für jede weitere im Haushalt lebende Person: Plus € 220,16

Das Haushalts-Nettoeinkommen ist das Nettoeinkommen **ALLER** in einem Haushalt lebenden Personen. Auf das Haushalts-Nettoeinkommen **nicht** angerechnet werden z.B.: **Familienbeihilfen, Unfallrenten, Pflegegeld, Angehörigenbonus** (bei u. ohne Selbst- u. Weiterversicherung) **Opferfürsorgerechten, Fahrtenbeihilfen für Schüler u. Lehrlinge, Studien- u. Schulbeihilfen.**

Übersteigt das Haushalts-Nettoeinkommen die Einkommensgrenzen, können davon folgende Ausgaben abgezogen werden:

- **Hauptmietzins** inklusive Betriebskosten (Strom, Gas zählen nicht dazu), vermindert um eine etwaige Mietzinsbeihilfe des Finanzamtes.
 - **Werden keine Mietkosten nachgewiesen** bzw. es besteht kein Rechtsverhältnis nach dem Mietrechtsgesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (z.B. Eigenheim), wird automatisch ein **monatliches Pauschale von € 140** als Wohnaufwand vom Nettoeinkommen abgezogen.
 - **Außergewöhnliche Belastungen** gem. Einkommensteuergesetz im Sinne der §§ 34 und 35
 - **Monatliche Kosten für eine 24h-Betreuung;** vermindert um den Zuschuss des Sozialministerium-Service
- > Zum Haushaltseinkommen zählt z.B.: **Kinderbetreuungsgeld, Wochengeld, Alimente, Krankengeld**

Der **Fernsprechentgelt-Zuschuss** (gebührt nur für eine Person/Haushalt) kann mit demselben Formular beantragt werden. Es gelten dieselben Einkommensrichtsätze. Bei einer positiven Erledigung erhalten Sie einen **Bescheid**, der gleichzeitig Gutschein ist. Leiten Sie diesen rasch an ihre Telefongesellschaft weiter.

€ 12 Fernsprechentgelt-Zuschuss/Monat

Für A1 Festnetz, A1 Internet, A1 Kombi, A1 Handytarife, A1 Open Access Network (OAN); A1 schenkt jedem Zuschussberechtigten für A1 Festnetz und A1 Kombi zusätzlich 60 Freiminuten innerhalb Österreichs in alle Netze.

€ 9,90 bis € 12 Zuschuss je nach Anbieter: Spusu GIS befreit, HoT fix sozial, B.free Social, HELP mobile, T-Mobile KLAX Sozial (Magenta), Drei-sozial und bob Sozialzuschuss.

Werden die Voraussetzungen einer Befreiung vom ORF-Beitrag erfüllt, ist mit demselben Antragsformular eine **Kostenbefreiung von der Entrichtung der Erneuerbaren-Förderkosten nach § 72 EAG** (Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz) möglich.

Unter bestimmten Voraussetzungen werden für Haushalte die **Erneuerbaren-Förderkosten mit € 75 jährlich gedeckelt**. Dazu ist ein gesonderter Antrag erforderlich, es gelten o.a. Richtsätze für das Netto-Einkommen aller Haushaltsmitglieder.

In diesem Beitrag sind nur die wesentlichen Grundzüge der Befreiungsrichtlinien erfasst.

Antragsformulare bei ORF-Beitrags Service GmbH, Postfach 1000, 1051 Wien und

<https://orf.beitrag.at>;

Hotline: 050 200 800, Mo-Fr 07:00-19:00 Uhr,

E-Mail: service@orf.beitrag.at

Angaben ohne Gewähr

AUS DER REGION

Landesgruppe Post für Wien, NÖ und Burgenland

Neue Adresse – Bewährte Leistungen

Die Landesgruppe Post WNB ist umgezogen! Seit Dezember 2024 befindet sich unser LG-Büro in der Erzherzog-Karl-Straße 131, Objekt 1/0107, 1220 Wien, im Hauptgebäude direkt gegenüber der Portierloge.

TEXT **Kurt Holzer** (Vors. Landesgruppe Post für Wien, NÖ und Burgenland)

Trotz neuer Räumlichkeiten bleiben unsere bewährten Leistungen unverändert. Unsere Mitarbeiter:innen und Funktionär:innen stehen den Mitgliedern weiterhin gerne vor Ort mit Rat und Tat zur Seite.

Unser Service umfasst:

- Rechtsschutz
- Rechtsberatung
- Sozialfonds
- Kurs-Zuschüsse
- Impfzuschüsse uvm.

Für telefonische Anfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung:

Andrea Kindl (LG-Büro): 0664/88647919
Kurt Holzer (Vorsitzender): 0664/624 27 30
Manfred Filo (Vors. Stv.): 0664/624 21 81
Romanus Fennes: 0664/624 25 90
Jörg Matschiner: 0664/624 43 08
Andreas Steurer: 0664/624 69 42
Thomas Konetschny: 0664/624 25 29
Andreas Bortolotti: 0664/624 65 58
Egon Grüner: 0664/624 24 78
Franz Christian: 0664/624 26 20

Unser Landesgruppen-Team freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit und ist jederzeit für euch da!



AUS DER REGION

Landesgruppe A1 Telekom für Wien, NÖ und Bgld.

Wechsel an der Spitze

Nachdem unsere Landesgruppen-Vorsitzende Kerstin Koskarti mit Ende Dezember das Unternehmen A1 Telekom verlassen hat und zur GPF gewechselt ist, wurde der Vorsitz in der Landesgruppe bereits im Vorfeld an mich als bisherigen Landesgruppen-Stellvertreter übergeben. Bis Jahresende hatte Kerstin noch die Funktion der Landesgruppen-Vorsitzenden-Stellvertreterin inne.

TEXT **Harald Richter** (Vors. Landesgruppe A1 Telekom)

Mit Jänner wurde Christian Pfeiffer als neuer Landesgruppen-Stellvertreter bestätigt. Gemeinsam mit ihm als meinem Stellvertreter und unserem bewährten Landesgruppenkassier Roman Palisek ist die neue Geschäftsleitung unserer Landesgruppe nun komplett.

Ich danke Kerstin für ihren Einsatz und ihre wertvolle Arbeit für unsere Landesgruppe. Gleichzeitig freue ich mich, gemeinsam mit Christian und Roman die kommenden Herausforderungen, Veranstaltungen und Termine anzugehen.



(v.l.n.r.) Christian Pfeiffer, Harald Richter und Roman Palisek

AUS DER REGION

Landesgruppe Kärnten

40 Jahre Einsatz für die Gewerkschaft – Ehrung für Helmut Omotta

Im Dezember 2024 hatte Landesgruppenvorsitzender Ewald Kollnitz die große Freude, einem langjährigen Mitglied der Landesgruppe Kärnten eine besondere Ehrung zu überreichen: stv. Pensionist:innenvorsitzender Helmut Omotta ist seit 40 Jahren ÖGB-Mitglied und freute sich, diese Anerkennung im Beisein vieler Funktionär:innen in Empfang nehmen zu können.

TEXT **Birgit Hartmann**



(v.l.n.r.) Landesgruppen-Vorsitzender Ewald Kollnitz mit Jubilar Helmut Omotta (Mitte) und stv. Landesgruppen-Vorsitzenden Harald Valent, MBA.

Gewerkschaftlich war Helmut Omotta seit den frühen 90er Jahren in verschiedenen Funktionen in der Bezirksgruppe Villach tätig. Ab 2004 leitete er als Vorsitzender die Landesgruppe Kärnten und stellte auch im Personalausschuss Kärnten den Vorsitz. In dieser Zeit war er auch im Leitungs- und Bundesvorstand vertreten. Seit seiner Pensionierung engagiert er sich im Pensionistenausschuss Kärnten für seine pensionierten Kolleg:innen und arbeitet eng mit Pensionistenvorsitzenden Jakob Fior zusammen, um den Kolleg:innen bei Fragen und Anliegen immer mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können.

GPF Kärnten Vorsitzender Ewald Kollnitz und stv. Vorsitzender Harald Valent, MBA gratulierten sehr herzlich und bedankten sich bei Kollegen Omotta für sein langjähriges Engagement. Lieber Helmut, auf viele weitere Jahre bei bester Gesundheit im Kreise Deiner Kärntner GPF Kolleg:innen!

AUS DER REGION

Landesgruppe Oberösterreich



Team der Postfiliale 4010 Linz:

Österreich-Sieger beim Philatelic Crypto Stamp Verkaufswettbewerb!

TEXT **Gabriele Steinkellner**

Eindeutig die Nase vorne hatte das Mitarbeiter:innenteam mit Filialleiter Josef Denkmaier bei diesem österreichweiten Verkaufswettbewerb. Es belegte mit sicherer Distanz den 1. Platz in der ersten Liga. Solche Leistungen können natürlich nur erbracht werden, wenn die Motivation stimmt, wozu bekanntlich ein dementsprechend gutes und angenehmes Arbeitsklima Voraussetzung ist.

Crypto Stamp ist eine digitale Briefmarkenserie der Österreichischen Post, welche am 11. Juni 2019 als erste der Welt in den Handel kam.



Erfolge sind natürlich ein guter Grund zum Feiern. Ein Teil der Mitarbeiter:innen traf sich über Einladung der Filialleitung zu einem verdienten Abendessen. Wie zu erfahren war, soll dort bereits über zukünftige Sieger-Strategien beraten worden sein.

Warum es so wichtig ist,
GPF-Mitglied zu sein!

Mitglied zu sein ist nie verkehrt!

Hast du schon mal darüber nachgedacht, warum es so wichtig ist, Teil der GPF zu sein? Ganz einfach: Zusammen sind wir stärker! Gerade in Zeiten, in denen sich viel verändert, ist es super, einen starken Partner an der Seite zu haben, der für uns kämpft.

TEXT **Redaktion**

Als Mitglied der GPF bist du nicht nur gut abgesichert, sondern kannst aktiv mitgestalten, was dich betrifft – sei es bei Arbeitsbedingungen, Entlohnung oder beim Schutz deiner Rechte. Wir stehen zusammen, damit es fair bleibt.

Es geht um mehr als nur Vorteile – es geht um dich und uns alle!

Die GPF bedeutet Solidarität. Du bist nicht allein, wenn du Hilfe brauchst, ob bei arbeitsrechtlichen Fragen oder wenn du für Verbesserungen eintreten möchtest. Wir sind ein starkes Team, das zusammenhält.

Und das Beste daran: Deine Mitgliedschaft hilft uns allen. Je mehr wir sind, desto mehr können wir bewegen. Wir brauchen dich, um unsere Stimme noch stärker zu machen!

Bleib dabei und mach den Unterschied!

Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, aktiv zu werden. Denn Mitglied zu sein ist nie verkehrt! Wenn du bereits Mitglied bist, erzähl doch auch anderen davon und motiviere sie, mitzumachen. Je mehr wir sind, desto mehr erreichen wir!

Sei dabei und mach auch du mit uns den Unterschied:

**Mitglied zu sein
ist nie verkehrt.
AGI KEPT!**



© Alexander - stock.adobe.com



AUS DER REGION Landesgruppe Steiermark



Renovierungsarbeiten am Standort Graz

Nach 20 Jahren in den Morre-Offices werden die Grazer Räumlichkeiten des ÖGBs und der Fachgewerkschaften renoviert.

TEXT **Franz Doppelhofer** (Vors. Landesgruppe Steiermark)

Im Jahr 2005 siedelten die Büros des ÖGBs und der Fachgewerkschaften am Standort Graz vom Südtiroler Platz nach Graz-Eggenberg in die sogenannten Morre-Offices. Damals staunten die Bediensteten, Funktionär:innen, aber auch Mitglieder über die Technologien und den modernen Standard, die das neuerbaute Gebäude zu bieten hatte. Doch inzwischen hat das ÖGB-Haus bereits einige Gebrauchsspuren aufzuweisen und auch die Technik ist teilweise veraltet. Um ein attraktives Auftreten für unsere Mitglieder und adäquates Equipment in den Sitzungssälen zu gewährleisten, werden daher sämtliche Räume aufgefrischt und erneuert.

Die GPF Steiermark nutzt diese Gelegenheit und wertet mit ausgewählten Akzenten ihre Büros auf. Auch das neue Logo wird modern in Szene gesetzt. Die Renovierungsarbeiten in unseren Bereichen werden im Zeitraum zwischen März und April anberaumt. Im Mai sollten diese im ganzen Gebäude abgeschlossen und der Zugang für unsere Mitglieder wieder unbehindert möglich sein. Auch die Fassade wird noch in diesem Jahr vom Eigentümer erneuert, um pünktlich für das 80. Jubiläumsjahr des ÖGBs das Projekt abzuschließen. Gerne dürfen sich unsere Mitglieder ab Sommer persönlich vom frischen Erscheinungsbild überzeugen.



Warnstreik für bessere Arbeitsbedingungen

TEXT **Carmen Pranger**

Am Donnerstag, den 20. Februar 2025, mobilisierten sich engagierte Unterstützer der GPF Tirol, angeführt von Alexander Hilber und der VIDA zu einem Warnstreik vor der Österreichischen Postbus AG.

Zwischen 4 und 6 Uhr morgens wurde mit diesem Protest gegen die festgefahrenen Kollektivvertragsverhandlungen und unzureichenden Arbeitsbedingungen demonstriert. Der Warnstreik sollte den Forde-

rungen der BusfahrerInnen nach besseren Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen Nachdruck verleihen.

Dabei spielten Solidarität und Zusammenhalt eine zentrale Rolle: Die streikenden Mitarbeiter wurden während der Aktion mit Getränken und frischen Fasnachtskräpfen versorgt – ein Zeichen der Unterstützung und des Miteinanders in einer kritischen Verhandlungssituation.

Einigung nach fünfter Verhandlungsrunde

Kurz nach dem Streik erzielte die fünfte KV-Verhandlungsrunde eine Einigung. Die Gewerkschaft empfiehlt ihren Mitgliedern die Annahme des neuen Vertrags, der u. a. eine Realloohnerhöhung von 3,6 % ab Januar 2025 und eine Diätenerhöhung vorsieht. Auch die Nachtzuschläge werden ausgeweitet.



Ehrungen langjähriger Mitglieder

TEXT **Alexander Hilber** (Vors. Landesgruppe Tirol)

Bereits im Januar 2025 feierte die GPF Tirol in feierlichen Zeremonien ihre langjährigen Mitglieder im Tiroler Ober- und Unterland. Bei diesen Veranstaltungen wurde insbesondere der unermüdliche Einsatz der Pensionistinnen und Pensionisten aus den Reihen der Österreichischen Post AG, des Postbusses und der A1 Telekom gewürdigt.

Im Mittelpunkt stand dabei auch Anton Blunder, der seit 1947 Mitglied ist und als drittlängstes Mitglied in Tirol gilt – und im kommenden Jahr seinen 100. Geburtstag feiern wird. Diese Ehrungen unterstrichen die lange Tradition, die starke Gemeinschaft und den hohen Stellenwert der Loyalität innerhalb der GPF Tirol.



(v.l.n.r.) Johann Peter Fuchs, Anton Blunder und Martin Huber

Geselliges Beisammensein der Unterländer Pensionist:innen



„Ohne Gewerkschaften wären wir aufgeschmissen!“

Mit 15 Jahren, im Jahr 1949, begann Georg Benedikter eine Lehre als Großhandelskaufmann im Lebensmittelhandel und wurde Gewerkschaftsmitglied.

Im April feiert der ÖGB sein 80-jähriges Bestehen. Ein guter Anlass, um einen Blick auf jene zu werfen, die den gewerkschaftlichen Gedanken über Jahrzehnte mitgetragen und geprägt haben. Einer von ihnen ist Georg Benedikter, seit 75 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Heute ist er 90 Jahre alt und erzählt aus seinem Leben.

TEXT **Amela Muratovic** (Chefin vom Dienst - Solidarität)



Georg Benedikter begann 1949 eine Lehre als Großhandelskaufmann im Lebensmittelhandel. Später wechselte er zur Post, wo er auch bis zu seiner Pension blieb. Die Zeiten damals waren nicht einfach, erinnert sich Georg zurück. Die Nachkriegsjahre, als Georg seine Lehre begann, waren geprägt von Unsicherheiten und wirtschaftlichen Herausforderungen. Doch Georg wusste schnell: Zusammenhalt ist wichtig. In den 1950er Jahren trat er deshalb auch der Gewerkschaft bei. „Ohne die Gewerkschaft könnten die Unternehmen machen, was sie wollen“, sagt er heute.

Mehr als persönliche Vorteile

Sehr froh war er über das Urlaubsgeld, das die Gewerkschaften durchgesetzt hatten. Diese finanzielle Unterstützung ermöglichte ihm, mit seinen Enkelkin-

dern unvergessliche Zeiten in Kärnten am Ossiacher See zu verbringen. Doch für ihn war die Gewerkschaft weit mehr als nur eine Organisation, die nur finanzielle Vorteile brachte – er engagierte sich auch aktiv für andere ein.

Er half bei Veranstaltungen und stand als Ansprechperson für andere Mitglieder zur Verfügung. Auch in der Pension blieb er der Gewerkschaft treu. Als Pensionistenvertreter in der Gewerkschaft GPF war er immer zur Stelle, wenn sich ältere Menschen in schwierigen Situationen befanden und Hilfe benötigten. So kümmerte er sich etwa um Plätze im Seniorenheim für jene, die vorübergehend Betreuung brauchten. Auch Ehrungen für langjährige Gewerkschaftsmitglieder nahm er sehr ernst. Jene Personen, die nicht selbst an Ehrungen teil-

nehmen konnten, besuchte er zuhause und überreichte ihnen die Anerkennung. Dafür fuhr er durch ganz Wien und das Umland. „Ich habe das immer gerne gemacht“, erzählt Georg stolz. Für ihn war es wichtig, dass sich niemand vergessen fühlt.

Wichtige Worte für die junge Generation

Sein Vertrauen in die Gewerkschaft ist bis heute ungebrochen. Jungen Arbeitnehmer:innen gibt Georg einen wichtigen Rat: „Wer arbeiten geht, sollte sich sofort erkundigen, ob er nach Kollektivvertrag bezahlt wird. Wenn nicht, dann sofort aktiv werden. Die Gewerkschaft hilft.“ Gerade heute, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, sieht er die Gewerkschaft als unverzichtbare Stütze für alle Beschäftigten. „Ohne starke Gewerkschaften und die Arbeiterkammer wären wir praktisch aufgeschmissen“, betont der 90-Jährige.

Georgs Leben zeigt: Wer sich engagiert, kann viel bewirken. Die Gewerkschaft hat ihn immer begleitet, ihm geholfen – und er hat sein Wissen und seine Kraft genutzt, um anderen zu helfen. Sein Einsatz bleibt ein Vorbild für die nächste Generation.

Mehr Infos zu „80 Jahre ÖGB“ findest du auf www.oegb.at

LANDESGRUPPE A1 TELEKOM AUSTRIA

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 (2. Stock: Zimmer 2115, Aufzug A)
Tel.: (01) 534 44/490 80 | e-Mail: pensionisten@gpf.at

gesamte Region Ost (Wien, NÖ, Bgld.):

Betreuer: **Gerhard Fleischman** (e-Mail: gerhard.fleischmann@aon.at, Tel.: 0664/979 00 51),
Walter Hotz (e-Mail: walter.hotz.ing@gmail.com, Tel.: 0664/253 66 88) -> **Jeden Dienstag von 9-12 Uhr**

Betreuer: Kurt Friedl (e-mail: kurt-friedl@hotmail.com, Tel.: 0664/926 60 06; ÖGB-Haus, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Kantine) -> **jeden 3. Mittwoch im Monat von 9-12 Uhr**

Sprechstunden für Frauenangelegenheiten:

Jeden ersten Mittwoch im Monat von 9-12 Uhr (ausg. Juni, Juli und August).
Betreuerin: Sylvia Nikodem (e-Mail: sylvia.nikodem@a1.net, Tel.: 0664/523 10 11)

PENSIONIST:INNENVERTRETUNG FÜR NÖ UND BURGENLAND

In diesen Bereichen wurde für Sie eine tägliche telefonische Betreuung von zu Hause aus eingerichtet.

Mittleres und südliches Burgenland

Betreuer: **Roland Jakob**

(E-Mail: roland.jakob@aon.at, Tel.: 0664/341 27 47)

Nördliches Bgld. und südliches NÖ

Betreuer: **Erich Heiss**

(E-Mail: erich_heiss@aon.at, Tel.: 0664/127 52 88)

Mostviertel NÖ

Betreuer: **Walter Hotz**

(E-Mail: walter.hotz@aon.at, Tel.: 0664/663 05 39)

Waldviertel

Betreuer: **Erich Böhm**

(E-Mail: e.boehm@aon.at, Tel.: 0664/302 24 24)

Weinviertel

Betreuer: **Wolfgang Pscheidt**

LANDESGRUPPE POST

Sprechtag der Pensionist:innenvertretung der Landesgruppe Post für Wien, Niederösterreich und Burgenland **finden jeden letzten Montag im Monat statt, in der Steinheilgasse 1/Stock 1, 1210 Wien, von 13.00 bis 14.00 Uhr (Juli und August Sommerpause)**
Anfragen: Können an **Johann Dvoracek** unter **0664/410 23 33** oder anna.dvoracek@chello.at gerichtet werden.

ÜBERSICHT DER SPRECHTAGE UND ZUSAMMENKÜNFTEN DER PENSIONIST:INNENVERTRETUNGEN IN DEN BEZIRKSGRUPPEN DER LANDESGRUPPE POST FÜR WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND IM APRIL, MAI UND JUNI 2025:

Wien I: Dienstag: 1.4. | 6.5. | 3.6. von 9-12 Uhr (ÖGB-Haus, Kantine, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1)

Wien II: Dienstag: 1.4. | 6.5. | 3.6. ab 9.15 Uhr (Gasthaus Mostland, 1020 Wien, Heinestraße 30)

Wien III/X Pensionist:innengruppe und ehemalige 1036er: Montag: 7.4. | 5.5. | 2.6. um 11 Uhr (Gastwirtschaft Schmid „Schmidwirt“ 1110 Wien, Simmeringer Hauptstr.199)

Wien IV/X

Pensionist:innengr. Postamt 1040 Wien und 1100 Wien: Montag: 14.4. | 12.5. ab 12 Uhr | Juni Sommerpause (Gasthaus »Koci«, 1230 Wien, Draschestraße 81)

Pensionist:innengr. Postamt 1103 Wien: Mittwoch: 2.4. | 7.5. | 4.6. um 15.30 Uhr (Gasthaus »Zur Elisabeth«, 1050 Wien, Siebenbrunnfeldg. 7/Ecke Fendigasse)

Wien V/XII

Pensionist:innengruppe Postamt 1050: Mittwoch: 2.4. | 7.5. | 4.6. um 15.30 Uhr (Gasthaus »Zur Elisabeth«)

Wien VI/VII: Mittwoch: 2.4. | 7.5. | 4.6. 15.30 Uhr (Gasthaus »Zur Elisabeth«)

Wien VIII/IX/XX: bei Fragen Koll. Thomas Konetschny unter 0664 624 25 29

Wien XV: Mittwoch: 2.4. | 7.5. | 4.6. um 15.30 Uhr: (Gasthaus »Zur Elisabeth«)

Wien XVI/XVII: Mittwoch: 2.4. | 7.5. | 4.6. von 10-12 Uhr (Poststüberl, 1170 Wien, Wattgasse)

Wien XVIII/XIX: Donnerstag: 3.4. | 8.5. | 5.6. ab 10 Uhr

(Gasthaus »Zum alten Nussbaum« 1190 Wien, Billrothstraße 79/Ecke Leidesdorf gasse)

Wien XXI/XXII

Pensionist:innengr. Postamt 1210 Wien und 1220 Wien: Montag: 28.4. | 26.5. | 30.6. um 10 Uhr (»Gasthaus Wild«, 1210 Wien, Amtsstraße 1)

Postautoleitung Wien: Dienstag: 1.4. | 6.5. | 3.6. ab 14 Uhr

(»Schwabl Wirt«, 1030 Wien, Erdbergstraße 111)

Amstetten: Donnerstag: 3.4. | 8.5. | 5.6. ab 14.30 Uhr (Gasthaus »Sandhofer«, 3300 Amstetten, Ybbsstraße 15)

Mödling/Wien XXIII: Mittwoch: 30.4. | 28.5. | 25.6. ab 10 Uhr

(Restaurant »Atzgersdorf« Breitenfurterstraße 244, 1230 Wien)

Krems: bei Fragen Koll. Elfriede Mair unter 0664/760 88 21

St. Pölten-Purkersdorf: bei Fragen Koll. Anton Rogl unter 0664/530 36 67

Stockerau-Hollabrunn: bei Fragen Koll. Adolf Windisch unter 0664/385 61 04



Rechtsanwaltsauskunftstage 2025

ALLES. WAS. RECHT. IST.

Kauf-, Übergabe- und Schenkungsverträge, Testamente, Eheerbrecht, Vorsorgevollmachten, schriftliche Verlassenschaftsabhandlungen

Erstauskunft unentgeltlich für GPF-Mitglieder

**Rechtsanwalt
Mag. Dr. Hanno Zanier**
01/532 5995
office@anwalt-zanier.at
www.anwalt-zanier.at

**Dienstag
von 11.00 bis 12.00 Uhr:**
01. April 2025
03. Juni 2025
02. September 2025
07. Oktober 2025
02. Dezember 2025

Wo?

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 (2. Stock, GPF, Zi-Nr. 2115)



**BREAK
TIME!!**

Mitglied zu sein

ist nie verkehrt.



**Ohne Gewerkschaft
längere Arbeitszeiten!**